

Resolution

der Delegierten-Vollversammlung der AGABY

Zur Situation der Sinti und Roma in Bayern

Die Ausländer- und Integrationsbeiräte Bayerns fordern die Staatsregierung auf, die prekäre Situation der Sinti und Roma in Bayern wahrzunehmen und Lösungsmaßnahmen zu entwickeln.

Bereits vor Hitlers Machtübernahme befanden sich Sinti und Roma in Bayern in einer bedrohlichen Situation. Beispiel dafür ist das bayerische „Zigeunergesetz“ von 1926, das ohne weiteres erlaubte, Sinti und Roma in Arbeitsanstalten einzuweisen oder unbegründet zu Gefängnisstrafen zu verurteilen. In der Zeit des Nationalsozialismus wurden sie verfolgt, verhaftet, sterilisiert und in Zwangsarbeit getrieben. Hunderttausende wurden in Konzentrationslager u.a. nach Dachau, Buchenwald, Flossenbürg und vor allem nach Auschwitz gebracht und viele von ihnen umgebracht.

Am 24.10.2012 wurde in Berlin ein Denkmal für die in der Nazi-Zeit ermordeten Sinti und Roma eingeweiht. Eine Einweihung, zu der die Bundeskanzlerin folgendes in ihrer Rede sagte: „... den Völkermord an Hunderttausenden als «Zigeuner» verfolgten Menschen als Mahnung für die Zukunft zu verstehen [...]. Das sind wir den Toten schuldig und das sind wir den Überlebenden schuldig [...].“

Trotzdem werden die etwa 12.000 in Bayern lebenden Sinti und Roma in allen Bereichen des Lebens diskriminiert. Dadurch sind sie extrem von Wohnungslosigkeit, Obdachlosigkeit und Arbeitslosigkeit betroffen. Mehrere Studien belegen, dass bereits 81,2 % der Sinti und Roma eine persönliche Diskriminierungserfahrung gemacht haben. Gleichzeitig erfahren Sinti und Roma keine Unterstützung durch die bayerische Staatsregierung.

Die von Sinti und Roma gestellten Asylanträge werden zudem in Schnellverfahren innerhalb weniger Tage fast zu 100% abgelehnt, sehr viele sind von Abschiebung bedroht.

Deswegen fordern wir die Bayerische Staatsregierung auf:

- ihre historische Verantwortung gegenüber dem Nachkommen der Holocaustopfer wahrzunehmen,
- die bestehende Diskriminierung von Sinti und Roma wahrzunehmen und ihr mit geeigneten Mitteln entgegenzuwirken,
- finanzielle Mittel und Personal zur Verfügung zu stellen, um die Integration von Sinti und Roma zu fördern,
- Maßnahmen zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit zu entwickeln,
- einen uneingeschränkten Zugang zu Bildungs- und Ausbildungsmaßnahmen zu gewährleisten,
- Sinti und Roma eine Arbeitserlaubnis zu erteilen,
- eine sorgfältige Bearbeitung der Asylanträge zu garantieren,
- Abschiebungen einzustellen und
- auf europäischer Ebene bei allen sich bietenden Gelegenheiten die Einhaltung der Menschenrechte von Sinti und Roma in deren Herkunftsländern einzufordern.

München, den 28. April 2013